AUF
TOFFE
schenke
ter Auswahl
reisen.
von 85 Pf. an
von 15 Pf. an
an von 60 Pf. an
von 1,93 M. an
von 1,25 M. an
von 2,75 M. an
Auswahl in
, Wein- und
ortenplatten,
sw.
elder
arkt.
Stärkende
Krankenweine
wie Samos, Tarragona usw. erhalt n infolge des großen Umsatzes in diesen Weinen zu staunend niedrigen Preisen in der
Drogerie Bru
Nordstr. 22, Fernr. 2113
Zur Bedienung des Fernsprechers und für leichte Büroarbeiten wird ein intelligentes
jung. Mädchen
(evtl. junger Mann) gesucht, welches auch in Stenographie und Maschinenschreiben bewandert ist.
Schriftliche Angebote unter C5202 an die Gesch. ds. Bl. erbeten.
Ein erfahrenes
Mädchen
sucht noch für einige Tage in der Woche Beschäftigung im Haushalt.
Wo? ist zu erfragen i. d. Geschäftsst. d. Bl.
Junger
Mann
vom Lande 29 Jahre sucht Stellung auf dem Lager, oder als
Beifahrer, Nachtwächter
oder andere Beschäftigung.
Offert. unter B 3837 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.
Suche ein kleines
Haus
mit Garten
in Bocholt oder in der Umgebung zu kaufen, bei 3—4000 Mk. Anzahlung.
Angebote unt. C 5199 an die Gesch. ds. Bl.
adesaison
ren Bedarf an
uhen
ihauben
osten in der
Scheer-Napp,
ocholt
rwerf Gesellschaft mit
gs Zweigen geeigneten
reter
unter C 5184. an die
b.

Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern d s Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolsing. Werth: Th. Parr. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 175 | Montag, den 25. Juni | Jahrgang 1928

Auf einem Umwege zur Großen Koalition.

Ein sozialistisches Minderheits-Kabinett?

Nach dem Scheitern des Versuchs, eine Große Koalition im neuen Reichstag herbeizuführen und bei dem starken Mißbehagen, das nicht nur in den Reihen der Bayerischen Volkspartei sondern auch des Zentrums gegen eine Weimarer oder eine noch kleinere Koalition vorhanden ist, tritt die Möglichkeit eines sozialistischen Minderheitskabinetts ernsthaft in die Erscheinung. Die Sozialdemokratie läßt jedenfalls erkennen, daß sie bis auf weiteres nicht geneigt sei, die Führung aus der Hand zu geben. Abgeordneter Müller-Franken hat nach einer Mitteilung des „Vorwärts" in seinem Bericht an den Reichspräsidenten u. a. folgendes gesagt:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sei auch bereit, eine sozialistische Minderheitsregierung zu bilden, eventuell unter Hinzuziehung auch solcher Persönlichkeiten, die nicht zur sozialdemokratischen Partei gehören, die aber unter Berücksichtigung der außen- und innenpolitischen Lage, bereit sind, mit der sozialdemokratischen Partei zusammen Politik zu treiben."

Eine Erläuterung dafür gibt der Sozialdemokratische Pressedienst, indem er nachstehendes ausführt:

„Die Sozialdemokratie ist nach wie vor zur Führung entschlossen. Als Hermann Müller am Freitag abend den Reichspräsidenten über seine bisherigen Bemühungen unterrichtete, hat er diese Entschlossenheit noch einmal nachdrücklich hervorgehoben. Er hat hinzugefügt, daß die Sozialdemokratie letzten Endes auch bereit ist, eine Regierung aus sozialistischen Ministern unter Hinzuziehung mehrerer bürgerlicher Parlamentarier zu bilden. Ein derartiger Versuch wird gemacht werden, sobald sich auch die Kleine Koalition als unmöglich erweisen sollte. Wir sind überzeugt, daß es eine ganze Reihe bürgerlicher Politiker gibt, die im gegebenen Falle sich an einer solchen Regierung beteiligen und sie wahrscheinlich auch unterstützen würden. Wir wissen vorerst noch nicht, wie zum Beispiel Herr Stresemann darüber denkt. Aber wenn es richtig ist, daß er über seine Fraktion außerordentlich entsetzt ist und mit ihm die eigentliche Parteileitung (Was von deutschvolksparteilicher Seite entschieden dementiert wird. D. R.), warum sollte er sich dann nicht positiv zu der von uns erwähnten weiteren Möglichkeit zur Kabinettsbildung stellen? Die Sozialdemokratie wird jedenfalls alles tun, um eine arbeitsfähige und auf lange Sicht gedachte Regierung zu ermöglichen. Gelingt es den vereinten Kräften des Bürgertums, das zu verhindern, so wird darüber in absehbarer Zeit das Volk zu urteilen haben; denn das ist sicher: einer Regierung ohne Sozialdemokratie ist in diesem Reichstag kein langes Leben beschieden!"

Es ist bemerkenswert, daß in verschiedenen deutschnationalen Zeitungen durchaus für dieses sozialistische Minderheitskabinett eingetreten wird. In der Zentrums- und demokratischen Presse wird dagegen darauf hingewiesen, daß auch die jetzigen Vorgänge nur eine Etappe auf dem Wege zur Großen Koalition sein können, die nach Lage der Dinge die einzige Möglichkeit für stabile Regierungsverhältnisse gäbe. Es ist schwer zu sagen, was nun kommen wird. Auch Besprechungen über die Weimarer Koalition und die Kleine Koalition, an die Hermann Müller denkt, müssen Fragen aufwerfen, von denen wir nicht wissen, ob sie bald oder überhaupt zu lösen sind. Was aber auch kommen mag, es kann in jedem Falle immer nur die Vorstufe oder ein Uebergang sein zu der in diesem Reichstag einzig stabilen Regierungsform: Zur Großen Koalition. In der Tat scheinen die Dinge auf eine Zwischenlösung hinzutreiben, so daß man sich etwa bis zum Herbst mit einem Notbehelf in Gestalt eines parteimäßig nicht gebundenen Kabinetts begnügt. Man hofft dann offenbar, daß im Herbste auch die preußische Regierungsfrage in einer dem Wunsche der Deutschen Volkspartei entsprechenden und sie dann wieder dem Gedanken der Verwirklichung der Großen Koalition geneigter machenden Weise geregelt wird. Daß solche Auffassungen auch in der Deutschen Volkspartei sebst Platz und Erwägung finden, zeigen die Auslassungen der „Täglichen Rundschau", die sich dahin äußert:

„Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei kann auf die nunmehr abgeschlossenen Verhandlungen mit gutem Gewissen zurückblicken. Was nun werden soll, ist noch ungewiß. Die in Betracht kommenden Fraktionen scheinen zur Weimarer Koalition keine allzu große Neigung zu haben. Ein anderer Ausweg wird als aussichtsvoller betrachtet, auf dem man zunächst eine provisorische Lösung erreichen könnte. Wenn der Gedanke eines Kabinetts der Persönlichkeiten seine Verwirklichung finden sollte, könnte in Aussicht genommen werden, dieses Kabinett im Herbst, wenn die preußischen Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt sind, durch eine feste Koalitionsgrundlage zu konsolidieren."

Die „Köln. Ztg." meint ebenfalls, es bleibe trotz der Katastrophe, die bei der Bildung der Großen Koalition eingetreten sei, nichts anderes übrig, als auf anderm Wege, eventuell unter Führung eines andern Mannes, die Zusammenführung der Parteien von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie noch einmal zu versuchen, und fährt dann fort:

„Die Reichsregierung läßt sich nur so bilden, daß die Große Koalition von oben her gebildet wird, daß Persönlichkeiten in die Regierungsämter berufen werden, die ihre politische Einstellung gegenseitig kennen und sich infolgedessen persönlich ein stärkeres Vertrauen entgegenbringen, als es zwischen den einzelnen Fraktionen besteht, anderseits aber auch das zuversichtliche Vertrauen ihrer Fraktionen haben, daß die Bindung dieser Fraktionen an ihre Persönlichkeit und das Kabinett sich auch dann sehr schnell findet, wenn diese Bindung nicht von vornherein durch programmatische Richtlinien oder eine Sammlung verschiedenartigster Forderungen festgelegt worden ist. Daß dieser Weg möglichst bald gefunden wird, dafür zu sorgen, ist jetzt die erste Pflicht der für die Große Koalition in Betracht kommenden Fraktionen im Reich wie in Preußen."

Im übrigen mahnt das volksparteiliche Blatt, man solle bei der Lage der Dinge die Schuldfrage nicht rein parteipolitisch aufziehen und dadurch die Parteien, die nun einmal durch den Ausgang der Wahlen und durch die Interessen des Reichs zur Zusammenarbeit gezwungen sind, noch weiter auseinander bringen, als es bisher ohne politischen Zwang bereits geschehen sei.

Keine Zusage Stresemanns an Müller.

¶ **Berlin,** 23. Juni. Zu der Nachricht eines Berliner Abendblattes, wonach der Reichsaußenminister Dr. Stresemann auf Anfrage sich bereit erklärt habe, in ein Kabinett einzutreten, das unter Hermann Müllers Führung aus führenden Persönlichkeiten des Parlaments, ohne fraktionelle Bindung, zusammengesetzt werde, wird das VDZ.-Bureau ermächtigt, zu erklären, daß diese Nachricht absolut falsch ist. Selbstverständlich steht Hermann Müller mit Dr. Stresemann in Verbindung, aber dieser hat keine solche Antwort gegeben. Vor Montag kommt irgend eine Aenderung in der Lage, also auch die Erwägung über ein eventuelles Kabinett führender Persönlichkeiten, nicht in Betracht. Die „Köln. Ztg." läßt sich ferner aus Berlin melden: „Es ist vollkommen falsch, irgendwelche Unstimmigkeiten zwischen dem Reichsminister des Aeußern und der Politik und Taktik seiner Reichstagsfraktion und ihres Führers Dr. Scholz zu behaupten. Es hieße die kraftvolle und impulsive Persönlichkeit Dr. Stresemanns als Parteiführer verkennen, wenn man ihr nicht zutrauen wollte, daß sie sofort eingegriffen hätte, wenn ein größerer Teil der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei die Bildung einer Großen Koalition grundsätzlich zu hindern versucht hätte. Insbesondere stand der Reichsminister des Außern hinter der Reichstagsfraktion bei ihren Forderungen auf Umgestaltung der preußischen Regierung, und man verrät kein Geheimnis mit der Feststellung, daß er über die schroffe Form der Ablehnung der volksparteilichen Wünsche durch den preußischen Ministerpräsidenten nicht weniger überrascht und verstimmt war als die Fraktion."

Bedenken der Demokraten gegen die Weimarer Koalition.

◇ **Berlin,** 23. Juni. Der Demokratische Zeitungsdienst, der die Meinung der offiziellen Kreise der Demokratischen Partei wiedergibt, schreibt, daß in demokratischen Kreisen gegen eine Beteiligung an der Weimarer Koalition sehr schwere Bedenken bestünden. Man brauche jetzt in einer solchen Koalition die Bayerische Volkspartei, und es sei noch garnicht einmal sicher, ob die Bayerische Volkspartei jetzt zu einer solchen Beteiligung bereit sei. Dann gäbe es aber auch eine ganze Reihe von Fragen, in denen die Parteien der Weimarer Koalition gegen die Demokraten gestanden hätten und stehen würden. Es sei nichts Neues, daß die Sozialdemokraten, was das Schulgesetz anbelange, indifferent seien. Die bisherigen Verhandlungen über die Formulierung einer Regierungserklärung über die Reichsreform seien auch nicht gerade hoffnungsvoll gewesen. Hier und zum Beispiel auch in der Frage des Kleinrentnergesetzes sei für die Demokraten ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei durchaus zweckmäßig gewesen. Innerhalb der Weimarer Koalition sei die Stellung der kleinen demokratischen Reichstagsfraktion in diesen Fragen weitaus schwieriger. Sollten auch diese Verhandlungen nicht zum Ziele führen, dann müßte Hermann Müller die Männer, die künftigen Minister, wieder zusammenberufen, ein Weg, der die Schaffung der Großen Koalition nicht ausgeschlossen erscheinen lasse.

Die neue Kelloggnote.

✓ **Berlin,** 23. Juni. Der amerikanische Botschafter hat heute im Auswärtigen Amt eine neue Note des Staatssekretärs Kellogg überreicht, die sich mit dem Kriegsverfemungspakt beschäftigt.

In der gleichzeitig den Regierungen von 14 Ländern überreichten Note übermitteln die Vereinigten Staaten einen neuen abgeänderten Kriegsverzichtvertrag und geben zugleich dem Wunsche Ausdruck, daß nunmehr der Kriegsverzichtvertrag sofort unterzeichnet werden möge. Hierzu erklären sich die Vereinigten Staaten ihrerseits ausdrücklich bereit und erbitten eine Stellungnahme der Regierungen innerhalb möglichst kurzer Frist.

In der umfangreichen, 12 Schreibmaschinenseiten umfassenden Note stellt die amerikanische Regierung zunächst fest, daß die Einwände der französischen Regierung gegen den Abschluß eines Kriegsverzichtvertrages unzutreffend sind und führt hierfür die bekannten Ausführungen des Staatssekretärs Kellogg vor der amerikanischen Gesandtschaft für internationales Recht vom 28. April 1928 an. Hierbei stellt die amerikanische Regierung fest, daß, nachdem nunmehr sämtliche Antworten der Regierungen vorlägen, alle Regierungen dem amerikanischen Vorschlag zugestimmt hätten bis auf die französische Regierung. Keine der Antworten der anderen Regierungen habe irgendeine Abänderung des Vertragsentwurfes verlangt.

In der Frage der Selbstverteidigung sei die amerikanische Regierung der Ueberzeugung, daß das Recht auf Selbstverteidigung jedem souveränen Staat zustehe, und daß dieser unverzichtbare Grundsatz nicht besonders im Vertrag genannt zu werden brauche. Soweit die Locarnoverträge in Rede stünden, sei die amerikanische Regierung der Ansicht, daß die Teilnahme aller Locarnomächte an dem Kriegsverzichtvertrag den Locarnoverträgen nicht widerspreche, sondern im Gegenteil die Garantien dieses Vertrages verdoppele. Das gleiche gelte für die Staaten, mit denen Frankreich Neutralitätsverträge abgeschlossen habe. Für den Fall des Krieges würden die Verpflichtungen aus dem Kriegsverzichtvertrage gegenüber dem Staat, der den Vertrag verletzen sollte, für alle anderen Staaten naturgemäß fortfallen.

Die amerikanische Regierung wendet sich dagegen, daß der Vertrag erst von allen oder beinahe allen Staaten der Welt unterzeichnet werden soll, um Rechtskraft zu erhalten. Die Note sagt, daß dadurch eine unnötige Verzögerung des Inkrafttretens des Vertrages eintreten würde. Sie habe durchaus nichts dagegen, daß auch die Unterzeichner von Neutralitätsverträgen zu dem Kriegsverzichtvertrag hinzugezogen würden, halte es aber für zweckmäßig, daß diese erst nach Abschluß des Kriegsverzichtvertrages diesem beitreten würden.

Als einzige Abänderung wird eine solche in der Präambel vorgeschlagen. Diese Aenderung soll ausdrücklich sicherstellen, daß im Falle der Verletzung des Kriegsverzichtvertrages die vertragschließenden Staaten gegenüber den vertragsbrüchigen Staaten von allen Verpflichtungen befreit würden.

Nobile gerettet! Signale von Amundsen.

Eine Meldung an das schwedische Verteidigungs-Ministerium.

London, 24. Juni. Nach Meldungen aus Stockholm hat das schwedische Verteidigungsministerium eine drahtlose Nachricht von dem Führer der schwedischen Hilfsexpedition für Nobile erhalten, wonach General Nobile gerettet ist und die Rettungsarbeit fortgesetzt wird.

Der Berliner „Montag" berichtet ergänzend aus Kingsbay, daß Nobile erneut um Hilfe gerufen und berichtet habe, daß das Eis, auf dem sich das Lager befindet, anfange nach Norden zu treiben. Gleichzeitig beginne es in schraubende und mahlende Bewegung zu kommen. Nobile und seine Leute kämpften einen Verzweiflungskampf gegen das Eis, das in heftiger Bewegung war. Schollen von hunderten von Zentnern Gewicht wurden wie Spielbälle hin- und hergeschoben. Nobile wurde von einer Scholle das Bein gebrochen und deshalb als erster geholt und an Bord des Schiffes „Quest" gebracht. Die Landung des schwedischen Flugzeuges „Uppland" auf dem in Bewegung befindlichen Eis war ein Meisterstück der Fliegerkunst und mit der größten Gefahr verbunden, da der Startplatz sich ständig zu verändern drohte. Nach dem Start der „Uppland" an Nobiles Lager ist das schwedische Hilfsschiff „Quest" weiter nach Osten vorgedrungen und in der Hinlopen-Straße vor Anker gegangen, wo Nobile in ärztliche Behandlung genommen wurde. Sein Zustand ist kritisch.

Auch die mit der Ballonhülle abgetriebene Gruppe gerettet?

London, 23. Juni. Ein in Quebec aufgefangener unbestätigter Funkspruch besagt, daß der mit der Ballonhülle der „Italia" abgetriebene Teil der Mannschaft gerettet wurde und sich an Bord eines Schiffes befindet, das zur Rettung herbeigeeilt war. Der Name des Schiffes wurde nicht genannt.

Undeutliche Zeichen.

¶ **Oslo,** 23. Juni. Wie der russische Eisbrecher „Malygin" meldet ist es ihm gelungen, ganz schwache Radiosignale aufzufangen, die von Amundsen zu stammen scheinen. Gleichzeitig erklärt das norwegische Wehrministerium, daß die französische „Lathan"-Maschine im Falle einer Notlandung auf dem Wasser nur mit einem Aktionsradius von 100 Kilometern funken kann. Da der Eisbrecher „Malygin sich zurzeit noch östlich von der Bäreninsel befindet und der letzte Funkspruch Amundsens am vorigen Montag um 18.45 Uhr aus jener Gegend stammte, gewinnt die Annahme stark an Wahrscheinlichkeit, daß Amundsen und seine Begleiter bei der Bären-Insel zu einer Notlandung gezwungen waren und augenscheinlich noch am Leben sind. Major Penso ist, wie aus Kingsbay gemeldet wird, am Sonnabend zu einem Fluge aufgestiegen, um Amundsen zu suchen. Wie ferner verlautet, hat der Führer der russischen „Malygin"-Expedition aus Moskau den Befehl erhalten, von der Hope-Insel aus mit dem an Bord befindlichen Junkersflugzeug zu Nobile zu fliegen und auf König Karl-Land eine Basis zu errichten. Der schwedische Flieger Tornbergh hat mit seiner dreimotorigen Junkers-Maschine Nobiles Lager erreicht und Waffen, Akkumulatoren sowie sonstige Ausrüstungsgegenstände abgeworfen. Tornbergh hat die Absicht, den Junkers-Apparat mit Landungskufen zu versehen, um auf dem Eise niedergehen zu können. Er will Nobile und seine Begleiter entweder einzeln oder gleichzeitig nach Kingsbay befördern.

Der Raketenfahrtversuch des Opelraketenwagens.

Die erste Fahrt geglückt.

× **Hannover,** 23. Juni. Der erste Raketenfahrtversuch des Opelraketenwagens „Rak III" ist gelungen. Etwa 10 000 Zuschauer wohnten dem Versuch bei. Stark vertreten war die Presse und die Behörden. Nach einem aufklärenden Vortrag und einer kurzen Ansprache des Herrn Fritz von Opel, daß er von Weltraumfahrtideen abgerückt sei, wurde um 14,30 Uhr der Wagen, der unbemannt war losgelassen. Er setzte sich, von weitleuchtenden Flammen umgeben, in Bewegung, raste gut sichtbar der Brücke zu, unter ihr durch und weiter dem Ziele zu. Als nach 2000 Metern die Bremsen einsetzten, lösten sich zwei Raketen, die in die Luft gingen. Der Wagen sauste inzwischen, sich auf den Schienen haltend, weiter. Ein Kontrollauto folgte ihm. Es wurde erklärt, daß die Fahrt als vollkommen geglückt zu betrachten sei. Zum Unterschied von dem auf der Avusbahn gezeigten „Rak II" waren die vier Rakten bei „Rak III" nach oben angeordnet. Der Wagen hatte schließlich einen guten Auslauf. Er wurde dann zurückgebracht, um zu einem zweiten Versuch vorbereitet zu werden. Unprogrammäßig war die Fehlexplosion eines Teils einer Rakete nach etwa 1500 Metern, die fauchend hoch in die Luft sauste, statt langsam ihre Kraft nach hinten zu entwickeln und außerdem dem Wagen ein tüchtiges Loch schlug.

254 Stunden-Kilometer.

= **Burgwedel,** 23. Juni. Der Versuch bei der ersten Fahrt des Opel-Raketenwagens, den bisherigen Weltrekord für Benzinfahrzeuge von 333 Stunden-Kilometern zu überbieten, schlug fehl. Der Wagen holte eine Stundengeschwindigkeit von 254 Stunden-Kilometern heraus und überbot damit die bisherige Geschwindigkeit für Schienenfahrzeuge von 215 Stunden-Kilometern um 39 Stunden-Kilometer. Um den Luftdruck bei 333 Stunden-Kilometern auf ein Lebewesen auszuprobieren, hat man im Innern des Wagens eine Katze untergebracht.

*

Der zweite Start mißglückt.

× **Burgwedel,** 23. Juni. Um 16,27 Uhr erfolgte der zweite Start des Raketenautos Opel III. Diese Fahrt sollte den bisherigen Weltrekord von 333 Stunden-Kilometern überbieten. Der Wagen kam vom Start ab, fuhr jedoch in die Böschung hinein. Herr von Opel begab sich sofort zum Wagen, um die Ursache des Fehlstarts festzustellen. Der Wagen ist schwer beschädigt. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Feuerwehr und Schutzpolizei wurde zu Aufräumungsarbeiten herangezogen. Die Ursache des Fehlstarts liegt darin, daß der Wagen zu sehr be-

schleunigt wurde. Er hatte sich vorn gehoben und kam dadurch von den Schienen ab.

Ueber den verunglückten Versuch wird im einzelnen berichtet: Mit einem heftigen Knall setzt sich der Wagen, diesmal sichtlich mit wesentlich stärkeren Energien getrieben, äußerst schnell in Bewegung. Rak 3 war mit viersach verstärkten Raketen versehen. Durch den weißen Rauch hindurch sieht man den Feuerstrahl der nach rückwärts wirkenden Treibladung. Da — nach etwa 50 Meter Fahrt — ertönt ein ungeheurer Knall und durch eine riesige, mindestens 50 Meter hohe, den ganzen breiten Bahnkörper ausfüllende weiße Rauchwolke schießen feurige Garben. Unten auf den Schienen bewegt sich nichts mehr vorwärts auf den gespannt hinsehenden Beschauer zu. Schnell treibt der starke Wind die Rauchwolke beiseite und es ergibt sich die folgende Tatsache: auf der linken Seite der Böschung, drei Meter vom Schienenstrang entfernt, liegt der qualmende und noch weiter explodierende Raketensatz, der vermutlich infolge zu starker Ladung herausgeschleudert war, während der Wagen, etwa 12 Meter von den Schienen entfernt, rechts an der Böschung liegt, also durch den Luftdruck und die starken Explosionen frühzeitig zur Entgleisung gelangte. Von der Katze, die man aus experimentellen Rücksichten auf dem Wagen untergebracht hatte, ist im Augenblick nichts mehr zu sehen, sie ist vermutlich durch die Erschütterung und den Luftdruck in hohem Bogen in das benachbarte Kornfeld geschleudert worden. Andere sagen, sie habe im Moment des Ueberschlagens das Weite gesucht, wieder andere behaupten, daß sie sich in Atome aufgelöst habe. Verletzt ist zum Glück niemand, da unmittelbar an der Startstelle kaum Menschen sich befanden und im übrigen auf 50 Meter Breite vom Bahnkörper entfernt alles abgesperrt ist. Unangenehmer hätte allerdings die Sache werden können, wenn diese Explosion einige hundert Meter später in der Nähe der Brücke erfolgt wäre. Die umfassenden Absperrungsmaßnahmen waren also wohl berechtigt, wie dieser zweite verunglückte Start zeigt.

Wie weiter berichtet wird, waren ursprünglich drei Versuche vorgesehen. Der Versuch mit einer mittleren Ladung fiel aus, und es wurde gleich zur Höchstladung übergegangen. Die Ursache des Mißglückens dieses Versuchs ist noch nicht geklärt. Man vermutet, daß der Schub der Rakete zu groß war. Ingenieur Sander, nach den Ergebnissen der Fahrt gefragt, betonte, daß sie an sich ein gutes Resultat geliefert habe. „Wir haben manches hinzugelernt". Die hierbei gewonnenen Erfahrungen sollen dem neuen Wagen zugute kommen.

Vorläufig kein neuer Start.

() **Hannover, 24. Juni.** Fritz von Opels anfängliche Absicht am heutigen Sonntag oder am Montag einen neuen Start mit dem Raketenwagen zu unternehmen, ist aufgegeben worden. Fritz von Opel ist in der letzten Nacht nach Frankfurt am Main abgefahren. Es wird ein neuer Wagen gebaut werden, bei dem die letzten Erfahrungen ausgenützt werden sollen. Es wird dann zu gegebener Zeit eine neue Versuchsfahrt unternommen werden, für die wieder die Burgwedel-Celler Bahnstrecke in Betracht kommen dürfte, da eine andere Linie nicht zur Verfügung steht.

Der „Liberale Tag".

Berlin, 23. Juni. Die „Liberale Vereinigung" veröffentlicht folgenden Aufruf:

„Die letzten Wahlen haben dem deutschen liberalen Bürgertum eine ernste Lehre erteilt. Sie haben ihm gezeigt, was ihm bevorsteht, wenn es den Kurs weiter verfolgt, den es bisher eingeschlagen hat. Verharrt es in seiner Zersplitterung, so wird es mehr und mehr aus dem Kreise der politisch maßgebenden Faktoren ausgeschaltet. Es droht ihm das Schicksal, aufgerieben zu werden und jeden Einfluß zu verlieren. Führende liberale Kreise haben diese Lehre verstanden. Sie sind entschlossen, sie zu beherzigen. Sie haben sich zusammengefunden, um das große Werk der Einigung des liberalen Bürgertums in Angriff zu nehmen. Ihnen schließen wir uns an. Wir rufen den deutschen Liberalismus zur Selbstbesinnung und Sammlung auf. Wir mahnen ihn an seine Verantwortung, wenn er sich selbst der Möglichkeit beraubt, dem Vaterlande das zu sein, was er ihm sein kann. Wir verlangen und erwarten von den Parteien, die das Erbe des alten Liberalismus angetreten haben, daß sie alle äußeren und inneren Hemmungen überwinden, alle kleinlichen Bedenken zurückstellen und unverzüglich die Schritte tun, die zum Zusammenwirken aller liberalen Kräfte führen. Ungezählte deutsche Männer und Frauen, die jetzt müde und mißmutig beiseite stehen, warten auf einen solchen Entschluß. Die Stunde ist gekommen, ihn zu fassen."

Der Aufruf trägt u. a. folgende Unterschriften:

Dr. Max Alsberg, Rechtsanwalt, Berlin. Dr. Gerhard Anschütz, Geh. Justizrat, ord. Professor a. d. Universität Heidelberg. Johann Heinrich Bernstorff, Graf, Botschafter z. D., Starnberg. Max Cassirer, Kommerzienrat, Ehrenbürger der Stadt Berlin. Alexander Dominicus, Oberbürgermeister und Staatsminister a. D., Berlin. Dr. Otto Hintze, Reg.-Rat, ord. Professor a. d. Universität, Berlin. Katharina v. Kardorff, Berlin. Otto Keinath, Präsidialmitglied d. Reichsverb. d. Dtsch. Groß- und Ueberseehandels, Berlin. Hans Kraemer, Direktor M. d. R. W. R., Berlin. Hermann Emil Kuenzer, Reichskommissar, Berlin, Dr. h. c. Max Liebermann, Präsident der preuß. Akademie der Künste, Berlin. Dr. Friedrich Meinecke, Geh. Reg.-Rat, ord. Prof. a. d. Universität, Berlin. Rochus Freiherr v. Rheinbaben, Berlin. Dr. h. c. von Richter, Staatsminister a. D., Berlin. Dr. Ruer, Oberbürgermeister, Bochum. Martin Sembritzki, Bürgermeister, Berlin. Dr. Carl Friedr. von Siemens, Berlin. Eugen Schiffer, Reichsminister a. D., Berlin. Dr. Karl Stählin, ord. Professor a. d. Universität, Berlin. Professor Julius Ferdinand Wolff, Chefredakteur und Verleger der „Dresdner Neuesten Nachrichten", Dresden. Max Wolff, Verlagsdirektor der „Dresdner Neuesten Nachrichten", Dresden.

Auf dem auf den 1. Juli d. J. in den Plenarsitzungssaal des Deutschen Reichstages einberufenen Liberalen Tage werden u. a. Professor Dr. Bergius-Heidelberg, Frau Dr. Ilse von Hülsen-Reicke-Berlin, Geheimrat Professor Dr. Meinecke-Berlin, Dr. Nöll von der Nahmer-Berlin, Rochus von Rheinbaben-Berlin, Geheimer Kommerzienrat Dr. Schmidt-Braunschweig, Oberregierungsrat Dr. Tibuttius, Vorstandsmitglied des Einzelhandels, Berlin, und Dr. August Weber-Berlin Ansprachen halten.

Bekanntlich wurde bereits vor den Wahlen über ein gemeinsames Vorgehen der Demokraten und der Deutschen Volkspartei in Bayern verhandelt. Das Wahlergebnis hat diese Bewegung weiter verstärkt. Noch in diesen Tagen hat die Liberale Vereinigung Bayerns sich mit diesen Fragen befaßt; sie erwartet, wie wir der „Kölnischen Zeitung" entnehmen, „von dem Eintritt der Parteiführer Stresemann und Koch-Weser sowie der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-Demokratischen Partei in die Vorstandschaft der Liberalen Vereinigung im Reich eine baldige dauernde Verständigung über ein parlamentarisches und politisches Zusammenwirken der freiheitlichen Mittelparteien. Sie erwartet ferner, daß die zum 1. Juli nach Berlin einberufene Tagung Richtpunkte für eine solche Sammlung der Mitte herausstellen und einen entscheidenden Anstoß geben werde." Im Norden scheint man es nicht so eilig zu haben und nicht so optimistisch zu sein wie in Bayern. Georg Bernhard schreibt in der Sonntagsnummer der „Voss. Ztg." unter der Ueberschrift: „Politische Romantik" u. a. folgendes:

Die „Liberale Vereinigung" besteht aus Männern der verschiedensten Arten. Aber selbst diejenigen, denen es dabei um ein Ideal zu tun ist, sind nicht ganz gesichert gegen das Mißtrauen, das ihre Ideale aus der Rüstkammer liberaler Romantik aus Tagen stammen, die vergangen sind, von denen man träumen, aber die man nicht wieder in die Wirklichkeit zurückrufen kann. Ein Teil jener Männer aber stammt aus den Reihen der Demokratischen Partei. Sie haben der Partei den Rücken gekehrt, als ihr Schicksal gefährdet war. Sie haben vielleicht sogar mit dazu beigetragen, Mißtrauen in die Wählerschaft hineinzutragen. Und jetzt soll man von ihnen die Rettung des demokratischen Gedankens, jetzt soll man gerade von ihnen die Modernisierung liberaler Ideenwelt erwarten. Das kann man wirklich den Wählern nicht zumuten. Das ist insbesondere aber der Jugend nicht klar zu machen, die Neues erwartet, was der veränderten Welt um uns herum entspricht. Noch heute ist die Liberale Vereinigung das, was man einstmals von ihr sagte: das schwerste Hindernis für eine Einigung der Mittelparteien. Wenn irgendwie berechtigt von Bonzentum gesprochen werden darf, so trifft dieses Wort auf die Liberale Vereinigung zu. Man weiß von den meisten dieser Hohepriester der Vergangenheit, was sie nicht wollen. Aber es ist schwer, ein positives Ziel zu kennzeichnen, das sie verfolgen. Die deutsche Politik aber braucht keine Oberpriester, die alles segnen, was dereinst einmal war, sondern sie braucht feurige Apostel der Zukunft.

Georg Bernhard schreibt offenbar aus den frischen Erinnerungen der letzten Beratungen über die Regierungsbildung heraus. Abg. Koch-Weser war bisweilen in peinlicher Verlegenheit, wenn er zwischen der Rücksicht auf die liberalen Einigungsbestrebungen und seinen demokratisch-republikanischen Grundsätzlichkeiten zu wählen hatte. Gerade die parlamentarischen Kreise des Liberalismus — und von diesen hängt doch sehr viel ab — zeigen eine Skepsis, die ein vorsichtiges Urteil mit guten Gründen nur zu teilen vermag.

Die Einweihung des Görresdenkmals.

Eine alte Ehrenschuld.

() **Koblenz, 24. Juni.** Unter zahlreicher Beteiligung fand hier am Sonntag die Einweihung des Görresdenkmals statt. An der Feier nahmen u. a. teil der preußische Kultusminister Dr. Becker, Reichskommissar Freiherr Langwerth von Simmern, Oberpräsident Dr. Fuchs, der Vorsitzende der Görres-Gesellschaft, Geheimrat Professor Dr. Finke, die Oberbürgermeister der westdeutschen Städte, Vertreter des Erzbischofs von Köln und des Bischofs von Trier, ein Vertreter des österreichischen Bundeskanzlers, verschiedene Reichs- und Landtagsabgeordnete sowie Vertreter von Handel, Handwerk, Kunst und Wissenschaft.

Nach dem Vortrag der Rienzi-Ouvertüre übergab im Auftrage des Denkmal-Ausschusses Rechtsanwalt Leonartz-Koblenz das Denkmal an die Stadt Koblenz mit einer Ansprache, in der er u. a. über die Entwicklung und das Leben Josef Görres und die Entstehungsgeschichte des Koblenzer Denkmals schilderte. Er erwähnte, Josef Görres sei der Feldgenosse und Mitstreiter Max von Schenkendorffs gewesen, dessen Gebeine ebenfalls in Koblenzer Erde ruhten. Heute schickte sich nun endlich die Vaterstadt an, ihre alte Ehrenschuld einzulösen, gegenüber ihrem größten Sohne, indem sie ihm ein Denkmal setze. Der Redner gab dann einen umfassenden Ueberblick über die Entwicklung und das Leben Josef Görres und der Entstehungsgeschichte des Koblenzer Denkmals. Nach der Enthüllung weihte der Redner das Denkmal dem Gedächtnis von Joseph Görres, des Vorkämpfers für Wahrheit und Recht und Freiheit, des Rufers im Kampfe um den deutschen Rhein.

Kultusminister Dr. Becker

hielt namens der Reichs- und Staatsregierung die Festrede, in der er u. a. folgendes ausführte: Mit den üblichen Rubriken, Staatsmann, Gelehrter, Dichter, kommt man bei Joseph Görres nicht aus. Er habe den Mut gehabt, sich sowohl der Politik, wie der Wissenschaft und der Literatur zu widmen, in erster Linie ein politischer und ein gebildeter Mensch zu sein und das politische und geistige Geschehen seiner Zeit, ob er an allem mit verantwortlich sei, im Spiegel seiner Seele aufzufangen und wiederzuspiegeln. So sei er zu einem der Bahnbrecher der modernen politisch-literarischen Publizistik geworden. Der entscheidende Faktor sei ein leidenschaftliches Verantwortungsgefühl, das bei Görres in Ethos und Kunstform geradezu an die Propheten des alten Bundes erinnere. Das Ziel der aus solcher Gesinnung erfolgenden zwangsweisen Aeußerung einer ethischen Verantwortung für das Ganze sei die Bildung einer öffentlichen Meinung, „die entschieden und unverkennbar den eigentümlichen Charakter des Stammes" oder fügen wir hinzu, der Nation oder der ganzen soziologischen Gruppe, aus der sie stimmt, zum Ausdruck bringen soll. Ein Mann, der so gedacht, gefühlt und gewirkt habe, sei nicht nur der Bahnbrecher einer neuen Zeit gewesen, er stehe als grandioser Mahner mitten in der Problematik unserer Tage. Trotzdem wäre es falsch, ihn nur als den großen Publizisten zu feiern. Aus der gleichen seelischen Veranlagung heraus sei er — und darum verdiene er nicht nur unsere Achtung, sondern auch unsere Liebe — einer der größten Patrioten der deutschen Geschichte geworden. Vor der gewaltigen noch neuen Menschheitsidee hätten die willkürlichen Schranken der damaligen Staatsgebilde für ihn, wie übrigens auch für Schiller und Goethe nicht das, was sie im Zeitalter der Nationalstaaten geworden seien, bedeutet. Deutschsein — das sei das Leitmotiv seines Patriotismus gewesen. Hätte er in der Wüste der Politik sein Ziel nicht finden können, so habe er es auf den blühenden Auen lebendiger Religiosität gefunden. Sein Dienst an der Kirche sei ihm zugleich ein Dienst am Vaterlande gewesen. Der Minister schloß: „Daß es auch für den Deutschen unserer Tage eine erhabene, ja, entscheidende Forderung gibt: dies Verantwortungsbewußtsein vor uns selbst, vor unserem Volk und vor unserem Gott, das ist die große Idee, zu der wir uns bekennen, wenn wir Menschen des 20. Jahrhunderts Joseph Görres ein Denkmal setzen."

Im Anschluß daran überbrachte Baron Fuchs als Vertreter des österreichischen Bundeskanzlers, der österreichischen Leo-Gesellschaft, der Vereinigung katholischer Edelleute Oesterreichs, und als Urenkel Görres herzliche Glückwünsche.

Dann übernahm Oberbürgermeister Dr. Russel im Namen der Stadt Koblenz das Denkmal. Der Oberbürgermeister betonte, daß das Fest durch die Teilnahme des österreichischen Bundeskanzlers und der Vertreter des Reiches eine besondere Weihe und Bedeutung erhalte. Dank der zähen wissenschaftlichen Aufklärungsarbeit der Görresgesellschaft schwanke Görres-Charakterbild nicht mehr in der Geschichte. Görres war nicht nur ein Kämpfer für hohe politische Ideale, sondern auch ein Schatzgräber des deutschen Geistesgutes und der Erwecker echt deutscher Art. Einen besonderen Reiz gewinne der Zeitpunkt der Enthüllung des Denkmals durch die Tatsache, daß das Jahr 1928 durch die Ausstellung in Köln mit einer die ganze Welt umfassenden Bedeutung der völker- und geistesverbindenden Presse, der öffentlichen Meinung im Sinne des großen Journalisten Görres gewidmet ist. Mächtig ergreife der Gedanke, den in Koblenz vor 100 Jahren Görres in die bekannten Worte prägte: „. . . daß die Deutschen sein sollen ein Volk, einig in seinen Stämmen, ausgestattet mit Volksrechten, gesetzlich verbrieft in Verfassungen." Diese mächtigen Grundsätze sind fast wörtlich in die Einleitung der neuen deutschen Reichsverfassung übergegangen.

Es folgte die Kranzniederlegung, wobei Professor Dr. Dovifat für den Reichsverband der Deutschen Presse Görres als leuchtendes Vorbild des deutschen Journalismus bezeichnete. Die Feier schloß mit dem großen Chorvortrag „Der deutsche Rhein" von Walter Dost. Im Anschluß hieran fand ein Festessen statt, auf dem von berufenen Vertretern die große Bedeutung von Josef Görres gewürdigt wurde.

Der Schachty-Prozeß.

Weitere Zeugenladungen.

)(**Moskau, 23. Juni.** Der Privatberichterstatter des WTB berichtet über den weiteren Verlauf des Schachty-Prozesses: Nachdem der Vorsitzende der Ladung zweier Personen als Entlastungszeugen stattgegeben hatte, gegen die das Untersuchungsverfahren schwebt, beantragte der Verteidiger Worms analogerweise Wegner für Otto und Seebold für Badstieber zu laden. Der Staatsanwalt erwiderte, die Zeugenladung für Otto erübrige sich, da die Sachlage geklärt sei. In dem Fall Badstieber käme höchstens die Frage einer Vernehmung Badstiebers als Zeuge für Seebold inbetracht, aber nicht umgekehrt. Das Gericht folgte den Anträgen der Staatsanwaltschaft. Der Verteidiger Ozep beantragte die Ladung des bekannten Professors Skotschinski als Sachverständigen für Grubenarbeit, und ferner die der Professoren Feodoroff und Tiepigoroff. Der Staatsanwalt deutete im Verlaufe der Verhandlung an, offenbar bezugnehmend auf den Fall Mayer und Otto, daß bei Verhaftungen von Ausländern Vorsicht zu üben sei, damit nicht unnötige Komplikationen entstehen.

Am Freitag ist der Angeklagte Bojarschinow vernommen worden. Er bestritt seine Beteiligung an der gegenrevolutionären Organisation. Der Angeklagte Matow berichtete über seine Verbindung mit den amtlichen polnischen und französischen Stellen. Auf Antrag des Staatsanwaltes wird die Verhandlung über die angebliche Beteiligung der ausländischen Missionen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden. Nach Kownoer Meldungen aus Moskau erklärte Matow bei seiner weiteren Vernehmung, daß er Vermittler zwischen den polnischen und französischen amtlichen Stellen und der Organisation gewesen sei. Seine Aushelfer seien Nokrasow und Bojarinow gewesen, an die er in zwei Jahren über 6000 Rubel ausgezahlt habe. Matow macht den Eindruck eines kranken Menschen. Am Sonnabend wurde zum erstenmal Rabinowitsch vernommen, der alle Aussagen Matows widerlegte und seine Unschuld beteuerte.

Eidesstattliche Erklärungen von Seebold und Cöster.

Berlin, 23. Juni. Die im Moskauer Prozeß von Badstieber gemachten Bekundungen über angebliche Sabotageakte der deutschen Ingenieure Seebold und Cöster sind durch die am 21. d. M. abgegebene Erklärung des deutschen Angeklagten Maier zu Baschkins belastenden Aussagen in ihrer Unglaubwürdigkeit beleuchtet worden. Der Eindruck, daß Badstieber nicht frei von Beeinflussungen seine Erklärungen über angebliche Mängel der von der Firma Knapp gelieferten Maschinen, über Zahlung von Bestechungsgeldern usw. gemacht habe, verstärkt sich immer mehr. Nach den eidesstattlichen Erklärungen der Ingenieure Seebold und Cöster kann es nunmehr als feststehend betrachtet werden, daß keiner der von Badstieber vorgebrachten Belastungspunkte einer genauen Prüfung standhält.

1. Daß die fraglichen Maschinen von der Firma Knapp einwandfrei geliefert worden sind, hat der Betriebsrat der Firma Knapp in einer öffentlichen Erklärung bestätigt. Im übrigen kann ein Urteil über die Verwendbarkeit der Maschinen gar nicht dem Monteur Badstieber, sondern nur unparteiischen Sachverständigen zustehen. Badstieber sind deshalb wiederholt von den leitenden Ingenieuren der Firma Knapp, den Herren Seebold und Cöster, Vorhaltungen gemacht worden.

2. Daß weder von Direktor Cöster noch von der Firma Knapp irgendwelche geldlichen Zuwendungen an im Rätedienst stehende russische Staatsangehörige gemacht worden sind, wird durch eine eidesstattliche Erklärung des Direktors Cöster belegt. Danach sind auch niemals derartige Beträge an die in der Räteunion tätigen Angestellten der Firma Knapp verteilt worden, um die Abnahme der gelieferten Maschinen zu erleichtern. In diesen Zusammenhang gehört auch eine eidesstattliche Erklärung des Ingenieurs Seebold, worin er ausdrücklich in Abrede stellt, Badstieber Briefhüllen mit 300 und 400 Rubel Inhalt zur Weitergabe an Rätebeamtestellte übergeben zu haben. Er weist hierbei auf den Widersinn hin, daß er sich der Vermittlung Badstiebers zur Weitergabe der Briefhüllen bedient haben soll, obwohl er selbst die unmittelbare Möglichkeit der Uebergabe dieser Gelder gehabt hätte.

3. Auch die Behauptung Badstiebers, er habe zwei Gespräche zwischen Seebold und Cöster gehört, in denen es sich um Sabotageabsichten gegen die Räteunion gehandelt habe, ist völlig aus der Luft gegriffen. Direktor Cöster hat eidesstattlich erklärt, daß weder ihm noch der Firma Knapp gegenrevolutionäre oder auf wirtschaftliche Sabotage hinarbeitende Organisationen in Rußland oder im Ausland bekanntgeworden sind und daß weder die Firma Knapp noch er Verbindungen mit derartigen Organisationen, auch nicht mit einzelnen Personen, habe, die den Rätestaat wirtschaftlich oder politisch zu schädigen bestrebt seien. Aehnliche eidesstattliche Erklärungen des Ingenieurs Seebold stützen diese Bekundungen.

Die eidesstattlichen Erklärungen sind dem Rätegericht übergeben worden.

Die Ablehnung des Mißtrauensvotums in Oldenburg.

)(**Oldenburg, 23. Juni.** In der Sonnabend-Sitzung des Oldenburgischen Landtages wurde das Mißtrauensvotum gegen die oldenburgische Regierung, das von den Sozialdemokraten eingebracht worden war, mit 27 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Für das Mißtrauensvotum stimmten die Sozialdemokraten und Demokraten, dagegen der Landesblock (Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei, das Zentrum und Splitterparteien). Das Kabinett bleibt im Amt, obwohl es keinerlei parlamentarische Koalition mehr hinter sich hat, nachdem die beiden bisherigen Koalitionsparteien, Landesblock und Zentrum, erklärt haben, daß sie weder Einfluß noch Verantwortung auf die weiteren Verhandlungen des Ministeriums nehmen werden. Der Landtag vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit.

Die deutsch-feindliche Inschrift an der Loewener Universität.

)!(**Loewen, 23. Juni.** Während der ganzen Nacht und am Sonnabend vormittag wurde das Bibliotheksgebäude von zahlreichen Polizeibeamten bewacht, um die Anbringung der deutschfeindlichen Inschrift zu verhindern. Teile derselben kamen am Sonnabend morgen verspätet an. In dem Augenblick, als man unter Leitung des Bildhauers Desotte, der sich als Beauftragter des Architekten Warrn ausgab, begann, die einzelnen Buchstaben der Inschrift abzuladen, schritt die Polizei ein und verbot die Abladung. Als Desotte sich weigerte, dieser Anordnuno Folge zu leisten, wurde er zur Polizei gebracht. Inzwischen ordneten die Polizisten die Abfahrt des Rollwagens an, nur vier Buchstaben konnten abgeladen werden. Von der Polizei wurde Desotte mitgeteilt, daß jeder Versuch, die deutschfeindliche Inschrift anzubringen, bestraft würde. Nachdem Desotte freigelassen worden war, wandte er sich an den inzwischen eingetroffenen Innenminister. Dieser erklärte jedoch, daß die deutschfeindliche Inschrift nicht angebracht werden dürfe.

Deutsches Reich.

Der preußische Staatsrat auf der Presseausstellung.

() **Köln, 23. Juni.** Der preußische Staatsrat hat heute unter Führung des Landrats v. Bredow bei starker Beteiligung die Pressa besucht.

Alexander v. Bischoffshausen †.

⊙ **Berlin, 23. Juni.** Der langjährige Präsident der Reichsschulden- und preußischen Hauptverwaltung der Staatsschulden, Alexander v. Bischoffshausen, ist im 82. Lebensjahre in Brannenburg in Oberbayern, wo er sich seit Jahren im Sommer aufzuhalten pflegte, gestorben.

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Beisetzung der ermordeten Skupschtina-Abgeordneten.

)) **Belgrad, 23. Juni.** Wie aus Agram gemeldet wird, gestaltete sich die Beisetzung von Paul Raditsch und Dr. Bascariecek, die heute vormittag ihren Anfang nahm, zu einer imposanten Kundgebung. Es sollen ungefähr 300000 Menschen an der Beisetzung teilgenommen haben. Gegen Mittag bewegte sich der Leichenzug noch durch die Stadt. Bisher ist es zu Zwischenfällen nicht gekommen.

Raditsch' Befinden verschlimmert.

:: **Belgrad, 23. Juni.** In dem Befinden des Abg. Stephan Raditsch ist am Sonnabend vormittag eine kleine Verschlimmerung eingetreten. Die Wunde beginnt zu eitern. Ferner wurde Herzschwäche festgestellt. König Alexander besuchte um 11,30 Uhr Stephan Raditsch neuerlich im Krankenhaus.

Ein Eisenbahnunglück.

× **Stuttgart, 23. Juni.** Der D-Zug 135 Friedrichshafen-Stuttgart ist Sonnabend nachmittag 14.05 Uhr bei der Durchfahrt durch die Station Ummendorf bei Biberach am Rhein aus bis jetzt unbekannter Ursache entgleist. Die Lokomotive ist umgestürzt. Sämtliche Wagen sind nach der Entgleisung auf dem Bahnkörper zum Stehen gekommen. Etwa 15 Reisende, darunter der Lokomotivführer, sind leicht verletzt worden. Die Verletzungen des Heizers sind ernsterer Natur. Beide Hauptgleise sind gesperrt. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten. Die Reisenden des entgleisten Zuges sind mit Sonderwagen bis Ulm befördert worden.

In dem verunglückten D-Zug befanden sich 35 Reisende, die in der Richtung Heidelberg, Mannheim, Stuttgart und Köln weiterfahren wollten. Sie wurden mit dem Eilzug 10 nach Stuttgart befördert und trafen dort 7 Uhr 17 abends ein. Von der Reichsbahndirektion Stuttgart waren für die Ankunft und die Weiterbeförderung alle Vorbereitungen getroffen worden. Am Bahnhof hatte sich Reichsbahnvizepräsident Honold eingefunden, sowie drei Bahnärzte und im Sanitätsdienst ausgebildetes Personal.

Von Nah und Fern.

Ein Raubüberfall.

Berlin, 23. Juni. Heute mittag gegen 12,45 Uhr wurde im Zentrum Berlins in der dichtbelebten Kronenstraße ein schwerer Raubüberfall verübt. Ein Laufbursche, der vom Postscheckamt einen Betrag in Höhe von 2080 Mark abgeholt hatte, wurde von einem jungen Burschen überfallen, durch einen Hieb mit dem Gummiknüppel zu Boden gestreckt und der Aktentasche, in der sich das Geld befand, beraubt. Auf Hilferufe des Ueberfallenen nahmen Passanten die Verfolgung des Räubers auf, und es gelang ihnen nach kurzer Verfolgung in der Friedrichstraße den Burschen der Polizei zu übergeben. Es ist der 23 Jahre alte Henry Wäger, ein arbeitsloser Goldschmied.

Aufgeklärter Lustmord.

() **Dresden, 23. Juni.** Der Lustmord an der siebenjährigen Margarete Mehnert in Rottwerndorf ist aufgeklärt. Der Täter, ein Vetter des Mädchens, ist verhaftet worden und hat ein Geständnis abgelegt. Es handelt sich um den 19 Jahre alten Steinbrucharbeiter Arno Bräuer, der im Hause der Großeltern des ermordeten Mädchens wohnte, in dem die kleine Margarete täglich ein und aus ging. Das Kind war mit Bräuer gut befreundet.

Sturz eines Automobils in einen Gebirgsbach.

Salzburg, 23. Juni. In der Nähe von Bärenwerk im Fuscher Tal stürzte heute nachmittag ein mit fünf Personen aus Stuttgart besetztes Auto beim Ausweichen vor einem entgegenkommenden Auto in die Fuscher Ache. Eine Insassin ertrank. Zwei weitere Damen wurden schwer, ein Insasse leicht verletzt. Der Chauffeur erlitt einen Schlüsselbeinbruch.

Absturz eines amerikanischen Marineflugzeuges.

Washington, 23. Juni. Ein dreimotoriges Marinetransportflugzeug, das heute morgen mit vier Insassen von dem benachbarten Marineflugfeld Anacostia den Flug nach Nicaragua angetreten hatte, stürzte um 2,30 Uhr bei Bowling Ireen (Virginia) ab. Bei dem Absturz wurden der Marineflieger Major Charles Lutz und der Leutnant Busby sofort getötet. Von den zwei mitfliegenden Korporalen, die beide schwer verletzt wurden, ist der eine alsbald gestorben. Major Lutz, der kürzlich den Curtiß-Marinepreis für Fluggeschwindigkeit mit einer Leistung von 157 Flugmeilen in der Stunde gewann, sollte das Kommando der amerikanischen Marineluftstreitkräfte in Nicaragua übernehmen.